

Fadegrad



von
Roland Scheck

Faktenvertuschung

Semun Acar richtete im Mai dieses Jahres ein Blutbad an. Der eingebürgerte Türke erschoss in Würenlingen mit 14 Schüssen seine Schwiegereltern, seinen Schwager sowie einen Nachbarn. Anschliessend richtete er sich selbst. Semun Acar war zuvor schon kein unbeschriebenes Blatt. Auf seinem Kerbholz stehen Körperverletzung und Drohung gegen Nachbarn. Einmal wurde Semun Acar auch von der Polizei abgeführt, als sie seine Wohnung nach Waffen durchsuchte.

Während derlei Meldungen bei den Bürgern dieses Landes nur noch ein resigniertes Schulterzucken angesichts der unkontrollierten Grenzen und der verweigten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative hervorrufen, reduzieren die Gutmenschen die statistisch signifikante Ausländerkriminalität auf «Einzelfälle». Noch weiter ging aber eine linke Tageszeitung. In einer journalistischen Fehlleistung der besonderen Art bezeichnete die Zeitung den Amoktäter Semun Acar kurzerhand als den «Schweizer Simon B.» Im gleichen Atemzug setzte sie die Bluttat des «Schweizers Simon B.» in den Kontext mit Erbschaftsstreitigkeiten um ein Chalet in Ennenda im Kanton Glarus. Damit wurde in der Öffentlichkeit insinuiert, dass ein Bergler, ein Urschweizer, die Bluttat begangen hätte. Anstatt kritisch zu hinterfragen, weshalb dieser Mann in unserem Land ist, weshalb er immer noch hier ist und weshalb er eingebürgert wurde, machte die Zeitung den Täter lieber zu einem um ein Bergchalet kämpfenden Schweizer mit dem salbungsvollen Fingerzeig: Sehet nur her, ihr selbstüberzeugten Eidgenossen, auch ihr begeht solche Verbrechen.

Geht es um die Manipulation der Fakten, stehen die linken Politiker der linken Journalisten aber in nichts nach. Im April 2014 lehnten der Zürcher Stadt- und Gemeinderat einen Vorstoss der SVP ab, welcher die Behörden bei ihren Informationen über Straftaten verpflichten wollte, die Herkunft von eingebürgerten Tätern bekannt zu geben. Das Anliegen blieb chancenlos. Nach dem Willen der Regierung und des Parlaments soll die Bevölkerung auf keinen Fall Transparenz darüber erhalten, wie viele straffällige Personen in unserem Land eingebürgert werden. Im August dieses Jahres ging der Gemeinderat noch einen Schritt weiter. Er überwies einen Vorstoss, welcher die Regierung auffordert, in den Polizeimeldungen und der öffentlichen Kommunikation auf die Angabe der Nationalität von Tätern zu verzichten. Mit anderen Worten: Die Ausländerkriminalität soll in Zukunft gänzlich totgeschwiegen werden.

Während die Mehrheit des Schweizer Volkes kriminelle Ausländer ausschaffen will, versuchen Linke, Grüne und Grünliberale, der Ausländerkriminalität mit Faktenvertuschung Herr zu werden. Auch das ist ein Ansatz. Nur halt ein widerwärtig zynischer gegenüber den Opfern.

Grün sieht Rot

Der Gemeinderat behandelte Geschäfte aus dem PRD (Präsidialdepartement). Abwechslungsreiche Traktanden wie Provenienzforschung zu Raub- und Fluchtkunst, 650 Prozent Stellenprozenten für eine Abteilung zur Geschlechtergleichstellung, Postfachanlagen im Riesbach und TISA generierten ausgedehnte und hitzige Debatten.



Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Eher selten ist die Zuschauertribüne so reichlich besetzt wie an diesem Mittwoch. Geschätzte hundert interessierte Jugendliche aus einer Kantonsschule besuchen den Ratsbetrieb. Vor der Ratssitzung zeigt Fraktionschef Mauro Tuena den Jugendlichen das Rathaus, erklärt diesen den bevorstehenden Ratsbetrieb. Einladend und motivierend für die Jugendlichen, sich der einst auch im Dienste der Gesellschaft zu engagieren!

Unendliche Geschichte

Emil Georg Bührlé war langjähriger Geschäftsführer der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon. Nach einem Zukauf der Maschinenfabrik Seebach wurden dann auch Waffenbestandteile produziert. Zudem war Bührlé ein leidenschaftlicher Kunstsammler. Nach seinem Ableben wurden die Kunstwerke in der «Stiftung Sammlung Bührlé» der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Jetzt werden die über 600 Kunstwerke in das Zürcher Kunsthaus eingegliedert. Das Postulat

2012/438 fordert den Stadtrat auf, sämtliche Kunstwerke und dessen Unterlagen für unabhängige Provenienzforschung zugänglich zu machen. Obschon rund 80% aller Kunstwerke erst nach den Kriegsjahren erworben wurden, möchte man das Risiko vermindern, dass allenfalls Einzelstücke aus Raub- oder Fluchtkunst stammen. Der Stadtrat und die Ratsmehrheit lehnten dieses Postulat ab, damit werden der breiten Öffentlichkeit lediglich bedingt Unterlagen zu den Kunstwerken zur Verfügung gestellt, mehrheitlich jene, die bereits digitalisiert sind. Die SVP steht für vollumfängliche Transparenz ein, dies in der Minderheit. Dieses Geschäft erzeugt erhitzte Gemüter, sachfremde Emotionen und zahlreiche Voten. Als unwürdig erachte ich ein Votum einer Parlamentarierin der Grünen. Sie stellt inhaltlich nicht die Provenienzforschung in den Vordergrund, sondern versucht, den obgenannten Industriellen infolge seiner Waffenproduktion zu verunglimpfen.

Zurück in die Zukunft

Was nach Bern gehört, bringen die Grünen nach Zürich. Bereits vor dem Eingang des Rathauses stehen zahlreiche Sympathisanten der Grünen und verteilen Flyer an die Parlamentarier für dieses bevorstehende Geschäft. Unnützlich, dass die sonstigen Umweltschüt-

zer dieses Papier verteilen! Sämtliche Parolen sind bereits beschlossen, in Kommissionen und Fraktionen bereits ausführlich beraten. Was bedeutet TISA, welche Auswirkung auf unsere Zukunft hat TISA? TISA ist ein Dienstleistungsabkommen mit 23 Verhandlungspartnern, dass seit drei Jahren verhandelt wird. In Genf, alles hinter verschlossenen Türen! Es geht um die Liberalisierung von Dienstleistungen. Die Hauptparteien sind die EU und die USA. Am Verhandlungstisch sitzen auch die Schweiz, Japan, China, die Türkei und weitere Staaten. Ohne den Verhandlungsinhalt und -stand zu kennen, bekämpfen die Grünen dieses Vorhaben mit zwei Vorstössen GR Nr. 2015/17 und -19. Eine Annahme dieser Vorstösse hat keine verbindliche Wirkung, da TISA in der Bundeskompetenz liegt. Es zeigt dem Bund lediglich, dass bei einer allfälligen Annahme des

Abkommens mit Widerstand aus der Stadt Zürich zu rechnen ist. Die SVP unterstützt diese Vorstösse nicht und macht die Bundeskompetenz geltend. Die SVP-Bundeshausfraktion hat ihre Parole noch nicht verbindlich gefasst. Dies ist auf der sachlichen Ebene erst sinnvoll bei Kenntnis eines Verhandlungsinhaltes aus Genf. Da dieses traktandierbare Geschäft nicht beendet werden konnte, folgt die Abstimmung in einer späteren Ratssitzung. So auch die allfällige Klärung von meinem Unverständnis zu der diametralen Grünen-Haltung: Stets Nationalstaatenfeindlich wünscht man sich eine institutionelle Anbindung an die EU. Bei TISA geht es auch um eine institutionelle Anbindung, jedoch lediglich im Dienstleistungsbereich, deren Inhalt noch nicht bekannt ist. Die Grünen lehnen dies ab, nicht sachlich, sondern aus einer wirtschaftsfeindlichen, emotionalen Abwehrhaltung! Wahrlich, keine gewinnbringende, offene und zukunftsorientierte Politik!

EINE PSEUDO-PRIVATISIERUNG

ewz – die Kuh ist gemolken und braucht einen neuen Stall

Seit nachweislich mehr als 10 Jahren warnt die SVP der Stadt Zürich vor der Aushöhlung der Liquiditätsreserven des ewz durch vom linken Gemeinderat als Gewinnablieferungen bezeichnete, faktisch aber ergebnisunabhängige Umsatzabgaben. Mit der 1989 vom Volk angenommenen Vorlage «Rationelle Verwendung von Elektrizität» wurde das ewz verpflichtet, jährlich 6–9 Prozent des Umsatzes an die Stadtkasse abzuliefern.

SVP. Es versteht sich von selbst, dass diese Umsatzabgabe auf Druck von Sozialisten, Grünen und Alternativen faktisch immer beim Maximum lag, selbst in den letzten Jahren, als Departementsvorsteher Turler sowohl Rechnungsprüfungskommission wie Fachkommission vor der dramatischen Liquiditätsverschlechterung warnte.

Diese Ausgangslage war und ist besonders im Zusammenhang mit dem liberalisierten Strommarkt, mit dem Ablauf der Konzessionen der Wasserkraftwerke im Kanton Graubünden (und den entsprechenden Neuverhandlungen für das knappe und teure Gut Wasserkraft) fatal.

Entsprechend folgt jetzt, was die SVP im Grundsatz stets als einzige zukunftsfähige Lösung für das ewz erachtete: die Ausgliederung aus der Stadtverwaltung. Ein wichtiger, expliziter Bestandteil des SVP-Wahlprogrammes 2014–2018 wird umgesetzt!

Pseudo-Privatisierung

Allerdings hält die SVP der Stadt Zürich, insbesondere auch nach den Erfahrungen mit der AOZ, nichts von Pseudo-Privatisierungen, wie sie mit der nun präsentierten Anstalt des öffentlichen Rechts geplant ist.

Wir laden den Stadtrat deshalb nachdrücklich ein, gerade vor dem Hintergrund der gewaltigen Veränderungen im Strommarkt, stattdessen eine Ausgliederung in eine gemischtwirtschaftliche AG oder ein öffentliches Unternehmen in Privatrechtsform, auch als AG, in Erwägung zu ziehen. Mit diesen Gesellschaftsformen kann die wichtige Energieversorgung noch bei der Gemeinde verbleiben, und doch wären Beteiligungen von Privaten oder anderen Körperschaften möglich. Die Flexibilität im harten Umfeld würde erhöht zum Nutzen der Bevölkerung.

Bei Annahme der Ausgliederung würde das Eigenkapital der Stadt Zürich über Nacht um rund 1 Milliarde Franken wachsen. Das ist erfreulich, aber auch sehr verführerisch. Da in der Form der Anstalt öffentlichen Rechts keine Anteilsveräusserungen möglich sind, verbessert sich der Finanzspielraum der Stadt damit in keiner Weise. Im Gegenteil: Die in den letzten Jahren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen viel zu hohen Umsatzablieferungen des ewz an die Stadtkasse dürften deutlich kleiner werden.

Die SVP warnt jene, die die Kuh ausgemolken haben, davor, nun auch noch den neuen Stall zu verpfänden!

SVP am Chreis9fäscht



Bereit für einen erfolgreichen Schuss: Nationalratskandidat Wolfram Kuoni und Gemeinderat Samuel Balsiger.

Die SVP hat sich als Partei mit einem sehr starken Team am «Chreis9fäscht» 2015 im allerbesten Licht präsentiert und wieder einmal bewiesen, dass es am 18. Oktober 2015 nur eine Wahl gibt: SVP LISTE 1. Die Erwartungen der SVP-Kreispartei Zürich 9 für diesen Anlass wurden übertroffen, und dazu haben die vielen Nationalratskandidatinnen und -kan-

didaten mit ihrem grossen Engagement beigetragen. Ohne ihre tatkräftige und unermüdliche Unterstützung wäre dieser erfolgreiche Auftritt am SVP-Stand «Tell's Apfelschuss» nicht möglich gewesen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Lorenz Habicher, Präsident SVP
Kreispartei Zürich 9



Nationalrat Gregor Rutz und Gemeinderat Roger Bartholdi als «Tell», Kantonsrat Jürg Trachsel als «Walter».

LESERBRIEF

Unermüdlich im Einsatz, danke!

Am «Chreis Nüün Fäscht» begegnete ich dem SVP-Nationalratskandidat Wolfram Kuoni. Er betreute erneut den Stand, an dem mit einer Armbrust Äpfel abgeschossen werden konnten. Während ein Besucher schoss, fiel der Spruch: «Den Apfel zu treffen ist schwerer, als die richtige Partei zu wählen.» Dass es in der Schweiz nur eine wählbare Partei gibt, ist angesichts der Masseneinwanderung, des Asylchaos und der verheerenden Standortpolitik von Mitte-Links offensichtlich. Um unseren Wohlstand nicht zu verlieren und dann in die EU abzugleiten, braucht es dringend mehr SVP!

Aber selbst aufmerksame Bürgerinnen und Bürger sind sich nicht immer ganz bewusst, welchen grossen Einsatz unsere Nationalratskandidaten und Politiker leisten. Wolfram Kuoni hat nicht nur einen herausragenden beruflichen Leistungsausweis, sondern ist auch menschlich sehr sympathisch und unermüdlich im Einsatz für unsere Schweiz. Einer solchen Leistung gebührt Anerkennung – ich unterstütze den Kandidaten Wolfram Kuoni bei den Nationalratswahlen am 18. Oktober. Und Sie?

Nicole Fontana, Zürich